

control arms

www.controlarms.org



Themendossier

**Waffen unter Kontrolle!
und
Schluss mit Kindersoldaten!**

A - Waffen unter Kontrolle – Seite 1

Waffen – zu wessen Schutz?
Waffen kosten Menschenleben
Waffen überfluten den Globus
Die Waffenindustrie
Waffen verhindern Entwicklung
Waffen statt Fortschritt
Waffenhandel – ein mörderisches Geschäft
Waffenindustrie und „Krieg gegen den Terror“
Jetzt handeln!
Einzelschicksale

B - Schluss mit Kindersoldaten/innen! – Seite 12

Kinder im Krieg – Ein Überblick
Amnesty International fordert...
Burundi: Kindersoldaten als billige Werkzeuge und Wegwerfartikel
Porträt eines Kindersoldaten aus Burundi
Die Situation in der Demokratischen Republik Kongo (DRK)
Porträt eines Kindersoldaten aus der DRK
Rückblick 2003

C - Ergänzungen zum Dossier: Arbeits- und Unterrichtsideen – Seite 16

D - Aktionsideen – Seite 17

E - Zusätzliche Informationsquellen: Publikationen und Links – Seite 17

A – Waffen unter Kontrolle

Jede Minute stirbt ein Mensch durch Waffengewalt – die meisten davon in bewaffneten Konflikten und Kriegen. Ursache vieler Menschenrechtsverletzungen ist die unkontrollierte Verbreitung und der Missbrauch von Waffen. Bewaffnete Konflikte erhalten so immer wieder neue Nahrung, die Armut vieler Länder wird vergrößert. Damit der Teufelskreis von Waffenhandel, Menschenrechtsverletzungen und Unterentwicklung durchbrochen wird, brauchen wir eine völkerrechtlich verbindliche Konvention zur Waffenkontrolle. Dafür setzt sich Amnesty International ein.

Waffen – zu wessen Schutz?

In unserer Gesellschaft haben Waffen eine berechtigte Schutzfunktion, allerdings muss ihr Einsatz strikt kontrolliert werden. Staaten haben das Recht auf Waffeneinsatz um sicherzustellen, dass das Leben, die Freiheit und die körperliche Unversehrtheit aller Bürgerinnen und Bürger gegen militärische Angriffe von aussen geschützt werden, ebenso zur Abwehr von unmittelbar drohenden Angriffen bei Polizeieinsätzen im Innern. Waffen können auch eine wichtige Rolle bei internationalen Einsätzen zur Friedenssicherung und beim Friedensaufbau spielen.

Kein Staat und keine bewaffnete Gruppe hat das Recht auf uneingeschränkte Gewaltanwendung. In Friedens- wie in Kriegszeiten gelten klare internationale Rechtsgrundsätze, die den Gebrauch von Waffen regeln und begrenzen. Der internationale Menschenrechtsschutz umfasst das Recht auf Leben und Sicherheit jedes Menschen. Das humanitäre Völkerrecht bezieht sich auf bewaffnete Konflikte; es regelt die Kriegführung und den Schutz der Zivilbevölkerung.

Solange also die Vorschriften des internationalen Rechts beim Einsatz von Waffen eingehalten werden, kann Waffengebrauch zum Schutz der Gesellschaft durchaus gerechtfertigt sein.

Durch den Überfluss an Waffen werden allerdings schwere Menschenrechtsverletzungen angeheizt, sei es durch gewaltsame Konflikte, staatliche Unterdrückung, Verbrechen oder private und häusliche Gewalt. Die rapide Entwicklung von (Klein-)Waffen bedeutet meist vereinfachte Handhabung und höhere tödliche Wirkung. Die unkontrollierte Verbreitung von Waffen drückt auf die Kaufpreise und erschliesst die hintersten Winkel der bewohnten Welt.



Waffen kosten Menschenleben

Die unkontrollierte Verbreitung und der Missbrauch von Waffen durch Regierungstruppen und bewaffnete Gruppen fordern einen enormen Tribut an Menschenleben:

- durchschnittlich werden jedes Jahr mehr als 500'000 Menschen mit konventionellen Waffen getötet – ein Mensch pro Minute;
- im 1. Weltkrieg waren 14% der Opfer Zivilpersonen, im 2. Weltkrieg erhöhte sich diese Zahl auf 67%. Heute ist der Anteil bei manchen Konflikten weit höher;
- immer wieder werden Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten unter vorgehaltener Waffe vergewaltigt – zum Beispiel 15'700 Frauen in Ruanda und 25'000 Frauen in Kroatien und Bosnien;
- es gibt weltweit über 300'000 KindersoldatInnen, die in mehr als 30 Ländern an bewaffneten Konflikten beteiligt sind. Waffen sind kinderleicht zu bedienen;
- nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden in den 90er Jahren über 5 Millionen Menschen durch konventionelle Waffen getötet und weitere 50 Millionen zu Flüchtlingen gemacht.

Waffen überfluten den Globus

Millionen von Frauen, Männer und Kinder leben in ständiger Angst vor bewaffneter Gewalt. Von den Gangs in Rio de Janeiro bis zu den Bürgerkriegen und bewaffneten Aufständen in Liberia und Indonesien werden konventionelle Waffen zum Töten verwendet. Der weltweite Handel, der diese Waffen in die Hände von Mördern spielt, ist ein Riesengeschäft. Und dieses ist völlig ausser Kontrolle geraten:

- Die weltweiten Militärausgaben betragen 1000 Milliarden US\$. Für Entwicklungszusammenarbeit wenden die reichen Länder knapp 600 Milliarden US\$ auf.
- rund 639 Millionen Kleinwaffen – Pistolen, Maschinenpistolen, Schnellfeuergewehre, Maschinengewehre und Ähnliches - gibt es heute weltweit;
- jedes Jahr werden 8 Millionen Kleinwaffen produziert – von derzeit mehr als 1000 Firmen in rund 98 Staaten;
- jedes Jahr werden 16 Milliarden Schuss Munition produziert – zwei für jede Erdenbürgerin und jeden Erdenbürger;
- etwa 60 % der Kleinwaffen befinden sich in den Händen von Zivilisten;
- es wird geschätzt, dass 80-90 % aller illegalen Kleinwaffen ursprünglich aus dem staatlich bewilligten Handel stammen.



Die Waffenindustrie

Die Waffenindustrie ist anders als jede andere Industrie. Sie arbeitet ohne Regeln. Sie leidet an weitverbreiteter Korruption und Bestechung. Und sie macht ihre Gewinne mit Maschinen, die dafür bestimmt sind, Menschen zu töten oder zu verstümmeln.



Während Sie diese Seite lesen, produzieren rund 1'250 Unternehmen in mehr als 90 Ländern Kleinwaffen, Munition und Ersatzteile. Und es werden immer mehr. In den vergangenen 40 Jahren hat sich die Zahl der Kleinwaffen produzierenden Länder verdoppelt. Auch in der Schweiz werden Kleinwaffen hergestellt und sehr erfolgreich exportiert. Kleinwaffen töten mehr Zivilisten als jeder andere Waffentyp. Trotzdem gibt es keine international bindenden Gesetze, die verhindern, dass diese Waffen in die Hände von Mördern fallen. Die Kontrolle dieser Waffen ist den nationalen Regierungen überlassen. Bedauerlicherweise sind deren Gesetze jedoch in der Mehrheit nicht streng genug und voll von Schlupflöchern. Selbst wenn ein Land sich weigert, Waffen an einen bestimmten Käufer zu liefern, lässt sich kaum verhindern, dass ein anderer Lieferant den Deal übernimmt. Die Schweiz hat im europäischen Vergleich ein äusserst liberales Waffengesetz. In kaum einem anderen Land ist es so einfach, eine Waffe zu erwerben.

Wer legt schon Wert auf Endverbraucher-Zertifikate?

Manche Regierungen verlangen bei Waffenverkäufen Endverbraucher-Zertifikate, aus denen hervorgeht, wohin die Waffen geliefert werden und wozu sie benutzt werden sollen. Aber Waffen-dealer schaffen es trotzdem, die Waffen an ihre Kunden zu liefern, denn das System ist leicht zu umgehen. Entweder weil die Ausstellungsbehörde die Angaben kaum überprüft oder weil Zertifikate durch korrupte Kanäle zu bekommen sind. Häufig landen die Waffen an einem anderen als dem angegebenen Ort, weil der im Zertifikat genannte Bestimmungsort nur ein Umschlagplatz oder ganz einfach eine Täuschung ist.

Waffenvermittlungsgeschäfte – kein Problem

Waffenvermittler bzw. „Broker“ vermitteln Waffentransfers zwischen Verkäufern und Käufern. Viele von ihnen stehen im Verdacht, Waffen für einige der schlimmsten Konflikte und Krisenzonen der Welt geliefert zu haben, sowie in Länder, für die ein UN-Waffenembargo gilt. Diese dunklen Geschäfte fliegen nicht auf, weil:

- sie von Waffentransporteurs, Finanziers und zum Teil auch von Regierungsstellen gedeckt werden
- weil die Gelder dafür von Offshore-Bankkonten kommen
- weil sie mit Hilfe von Frachtfirmen durchgeführt werden, die wissen, wie man Spuren verwischt.

Lizenz zum Töten?

Immer häufiger exportieren Waffenfirmen ihr Fachwissen und ihre Waffentechnologie in andere Länder, wo dann die Waffen mit der entsprechenden „Lizenz“ produziert werden, auch wenn diese Länder an Konflikten beteiligt sind oder Waffen in Konfliktzonen verkaufen, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Diese Praxis erlaubt es Waffenexporteuren, Kontrollen effizient zu umgehen, die den Verkauf von Waffen in solche Länder verbieten. Die Regierungen von mindestens 15 Ländern gestatten Firmen, Lizenzen für ihre Waffen- und Munitionsproduktion an 45 andere Länder zu vergeben, von denen viele schwächere Waffenexport-Kontrollsysteme haben, wodurch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die dort erzeugten Waffen für Menschenrechtsverletzungen verwendet werden.

Waffen verhindern Entwicklung

Waffenhandel, Aufrüstung und Waffenmissbrauch vernichten den Lebensunterhalt Einzelner und hindern Länder daran, der Armut zu entkommen:

- ein Drittel aller Länder gibt mehr Geld für Rüstung und Militär aus als für das Gesundheitswesen;

- Viele Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten geben pro Jahr doppelt so viel Geld für Waffen aus als ausreichen würde, jedem Mädchen und jedem Knaben in diesen Ländern den Besuch der Grundschule zu ermöglichen;
- El Salvador gibt mehr als 4% seines Bruttosozialprodukts für sein Gesundheitssystem aus, um die Auswirkungen von Gewalt zu behandeln;
- 42% aller Länder mit den höchsten Verteidigungsausgaben gehören gleichzeitig auch zu denen mit dem tiefsten Entwicklungsstand. So verwendet beispielsweise Eritrea 20% seines Bruttosozialprodukts für die Armee.



Waffen statt Fortschritt

Rüstungsexporte behindern weltweit eine nachhaltige Entwicklung. Viele exportierende Staaten halten sich nicht an ihr politisches Versprechen, vor der Genehmigung von Rüstungsexporten deren Auswirkungen auf Armut, Hunger, Bildung und Gesundheit in den Empfängerstaaten zu prüfen.

Der Kampagnenbericht "Guns or growth?" zeigt nicht nur auf, wie dramatisch die Auswirkungen dieser falschen Prioritätensetzung seitens der exportierenden Staaten für die Rüstungs- und Entwicklungspolitik der Empfängerländer sein können. Er liefert Regierungen auch zum ersten Mal eine systematische Methodik und detaillierte Kriterien, mit deren Hilfe sich die möglichen Auswirkungen von Rüstungsexporten auf die nachhaltige Entwicklung eines Empfängerlandes konkret beurteilen lassen.

Beispiele für eine verfehlte Rüstungspolitik aus der Studie:

- In den Ländern südlich der Sahara ist die Lebenserwartung seit 1990 von 50 Jahren auf 46 Jahre gefallen. Gleichzeitig sind die Militärausgaben seit 1995 um 47 % gestiegen.
- Tansania hat im Jahr 2001 ein Watchman-Radarsystem im Wert von 40 Mio. US\$ gekauft, das internationale Experten, unter anderem die Weltbank, für ungeeignet und zu teuer hielten. Mit dem Geld hätte Tansania die medizinische Versorgung für 3,5 Millionen Menschen finanzieren können.
- Im Jahr 2002 entsprach die Höhe der Militärausgaben in Pakistan der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts.
- Für das Jahr 2004 haben die USA 4,7 Milliarden US\$ für den Kampf gegen den Terrorismus vorgesehen, aber nur 2 Milliarden US\$ für die Armutsbekämpfung.

Waffenhandel – ein mörderisches Geschäft

- Ein Drittel aller Länder gibt mehr Geld für Rüstung und Militär als für ihr Gesundheitswesen aus;
- im Durchschnitt geben Länder in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Nahen Osten pro Jahr 22 Milliarden US\$ für Waffen aus. Die Hälfte dieses Betrags würde ausreichen, jedem Mädchen und jedem Jungen in diesen Ländern den Besuch der Grundschule zu ermöglichen;
- El Salvador gibt mehr als 4 % seines Bruttosozialprodukts für sein Gesundheitssystem aus, um die Auswirkungen von Gewalt zu behandeln;
- fast die Hälfte (42 %) aller Länder mit den höchsten Verteidigungsausgaben gehören gleichzeitig auch zu denen mit dem niedrigsten Entwicklungsstand. So verwendet beispielsweise Eritrea 20 % seines Bruttosozialprodukts für das Militär;
- in Afrika betragen kriegsbedingte wirtschaftliche Verluste etwa 15 Milliarden US\$ pro Jahr.

Waffenindustrie und „Krieg gegen den Terror“

„Rund um die Welt gehen rasche Veränderungen vor sich, speziell seit dem 11. September 2001, und viele Länder bewerten das militärische Gleichgewicht der Mächte in ihrer Umgebung neu. Viele halten es für notwendig, ihre Systeme aufzurüsten.“

Generalmajor Avraham Rotem, israelischer Verteidigungsexperte, 2003.

Eigentlich sollte man glauben, dass es ein neues Interesse an verstärkten Waffenkontrollen geben sollte, solange der "Kampf gegen den Terrorismus" die internationale Tagesordnung beherrscht. Doch das ist ein Irrtum.

Seit dem 11. September 2001 haben einige Länder die Kontrollen abgeschwächt, um ihre neu gefundenen Verbündeten gegen den Terrorismus zu bewaffnen. So hat zum Beispiel die US-Regierung ihre Militärhilfe für Dutzende bewaffnete Gruppierungen verstärkt. Darunter sind auch einige, bei denen sogar das US-Außenministerium bestätigt, dass sie Menschenrechte nur wenig respektieren.

Die Exporte britischer Rüstungsgüter aus Grossbritannien nach Indonesien stiegen im Jahr 2002 von 2 Millionen auf mehr als 40 Millionen Pfund - obwohl sich die indonesischen Streitkräfte massiver systematischer Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben. Trotz des Schadens, den sie damit anrichten, gibt es noch immer kein bindendes, umfassendes internationales Recht, das die Ausfuhr von konventionellen Waffen kontrolliert.

Ob bei den Hirten im nördlichen Uganda oder den Gangs in Rio de Janeiro: Das Tragen von immer tödlicheren Waffen und ihr Gebrauch wird zur Norm.



„Es ist, als ob wir den Boden aufwischen, während der Wasserhahn läuft. Ein Kugelhagel dauert nur fünf Minuten, aber es kostet drei Stunden Zeit und enorme Ressourcen, um einen Menschen wieder herzustellen.“

Dr. Olive Kobusingye, Unfallchirurg in Uganda

Jetzt handeln!

Jede Regierung auf der Welt hat die Pflicht, Waffen zu kontrollieren. Erstens, Kontrolle der Verbreitung im eigenen Land, um ihre eigenen Bürger zu schützen. Zweitens, Kontrolle des Exports in andere Länder, um die weltweite Achtung der internationalen Menschenrechte zu gewährleisten. Die mächtigsten Regierungen der Welt, gleichzeitig die weltgrössten Waffenproduzenten, tragen die grösste Verantwortung, den weltweiten Handel zu kontrollieren. Die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – Frankreich, Russland, China, Grossbritannien und die USA – exportieren zusammen weltweit über 88 Prozent aller konventionellen Waffen; und diese Exporte tragen regelmässig zu schweren Menschenrechtsverletzungen bei.

Alle Regierungen stehen vor einer entscheidenden Herausforderung: Sie müssen zusammenarbeiten, um die Verbreitung von Waffen zu kontrollieren und einzudämmen. Und schliesslich dürfen die Waffen exportierenden Staaten in keinem Fall Waffen dorthin liefern, wo klare Indizien dafür sprechen, dass sie zur Verletzung von internationalen Menschenrechten eingesetzt werden. Jedoch, um mit dem ugandischen Chirurgen Olive Kobusingye zu sprechen: Es reicht nicht, *entweder* den Fussboden aufzuwischen *oder* den Wasserhahn zuzudrehen – es geht darum, sich sowohl um den Waffenhandel als auch um die Sicherheit auf lokaler Ebene zu kümmern. Für Gemeinden, die von derartiger Gewalt direkt betroffen sind, ist es daher lebenswichtig, bei der Beseitigung der tödlichen Waffen zu kooperieren. Um dies zu erreichen, müssen Frauen, Männer und Kinder ausreichend geschützt werden – von rechtmässigen Sicherheitskräften, welche die Menschenrechte respektieren.

Jenen, die behaupten, es sei unmöglich, die Ausbreitung der Waffen zu kontrollieren, halten Oxfam und Amnesty International entgegen: Es ist möglich. Die Konvention über das Verbot von Antipersonenminen aus dem Jahr 1997 resultierte aus dem Zusammenspiel von engagierten Regierungen und weltweiter öffentlicher Unterstützung. Obwohl die Geissel Landminen noch nicht vollständig beseitigt ist, handelt seit 1997 kein Land mehr offen mit diesen Waffen. Die gleiche Kombination aus öffentlichem Druck und verbündeten Regierungen benötigen wir, um auch ein Abkommen zur Kontrolle des Waffenhandels zu erreichen.

Regierungen handeln zu langsam, um Waffen zu kontrollieren. Amnesty International und Oxfam schlagen deshalb kurzfristige und miteinander eng verzahnte Aktionen vor, von der lokalen bis zur internationalen Ebene. Nur so können die Verbreitung und der Missbrauch von Waffen wirksamer kontrolliert werden.

- **Auf internationaler Ebene**

Die Regierungen sind aufgefordert, einem weltweiten Abkommen zur Kontrolle des Waffenhandels bis 2006 zuzustimmen. Damit soll verhindert werden, dass Waffen in Gegenden gelangen, wo anzunehmen ist, dass damit schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

- **Auf regionaler Ebene**

Die Regierungen sind aufgefordert, regionale Abkommen zur Kontrolle des Waffenhandels zu entwickeln und zu stärken, um die internationalen Menschenrechte zu verteidigen.

- **Auf nationaler Ebene**

Die Regierungen sind aufgefordert, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die staatlichen Mittel zu erhöhen, um Waffentransfers zu kontrollieren und ihre Bürger vor bewaffneter Gewalt zu schützen – im Einklang mit internationalem Recht.

- **Auf kommunaler Ebene**

Institutionen der Zivilgesellschaft und lokale Behörden sind aufgefordert, wirksame Massnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit auf kommunaler Ebene zu verbessern, indem die Nachfrage und die Verfügbarkeit von Waffen reduziert werden.

Damit der Teufelskreis von Waffenhandel, Menschenrechtsverletzungen und Unterentwicklung durchbrochen wird, brauchen wir eine völkerrechtlich verbindliche Konvention zur Waffenkontrolle. Dafür setzt sich Amnesty ein.

Beteiligen Sie sich an der weltweiten Fotoaktion: Eine Million Menschen fordern „Waffen unter Kontrolle“. Zeigen Sie Gesicht und unterstützen Sie die Forderungen unserer Kampagne. Sie finden eine Anleitung und alle weiteren Informationen unter:

www.controlarms.org

Der Flyer zur Kampagne „Waffen unter Kontrolle“ kann im Sekretariat der Schweizer AI-Sektion zahlreich bestellt werden.

AI Schweizer Sektion – Postfach – 3001 Bern – 031 307 22 22 – info@amnesty.ch

controlarms

Schicksale

Yem Para aus Kambodscha

Yem Para wurde von einem Bekannten mehrfach angeschossen

„Eines Tages stritten wir. Ich war mit ein paar anderen Leuten zusammen und wir pflanzten Gemüse, als er plötzlich durch mein Bein hindurch schoss – mein linkes Bein, hier über dem Knie. Dann schoss er mir in die Brust, und die dritte Patrone streifte mein Haar, so knapp verfehlte sie mich. Er benutzte eine AK-47 und stand nur etwa 20 Meter entfernt, dann kam er näher. Anfangs waren alle zu verängstigt, einzugreifen, aber nachdem er seine Runde beendet hatte, kamen die Nachbarn und hinderten ihn daran, weiter mit dem Gewehrkolben auf mich einzuprügeln. Noch heute bereiten mir die Wunden Schmerzen. Erst vor fünf Monaten wurde die Metallnadel aus meinem Bein entfernt. Und jetzt kann ich nur noch die Hälfte dessen tun, was ich früher getan habe. Früher konnte ich 50 kg Reis tragen, heute nur noch etwa 10 kg.“

Seit Ende der 70er Jahre wurden von China und den USA aus heimlich Waffen an Kambodschas anti-vietnamesische Splittergruppen geliefert. Man schätzt, dass derzeit ungefähr 500'000 Kleinwaffen in Umlauf sind. Die Hälfte davon befindet sich in den Händen offizieller Militärs und Polizeitruppen, die andere Hälfte in den Händen von Milizangehörigen, entlassenen Soldaten und anderen Einzelpersonen.

Jale aus dem Norden Ugandas

„Um Mitternacht, als alle schliefen, kamen ungefähr 50 bewaffnete Karamajong. Sie kreisten das Dorf ein und begannen ihren Angriff damit, dass sie die Hütten niederbrannten. 58 Menschen starben in dieser Nacht. Die Kämpfer waren gekommen, um Rache für den Tod zweier ihrer Männer zu nehmen. Unter den Getöteten war nur ein Mann, mehr als 35 der Opfer waren Frauen, der Rest Kinder. Viele verbrannten in ihren Häusern. Ein paar, die wegzulaufen versuchten, wurden erschossen.“

Ich schaffte es, dem Feuer und den Gewehrsalven zu entkommen und versteckte mich in einer Höhle in den Bergen. Ich hatte einen Schuss in die Hand abbekommen. Meine gesamte Familie ist bei diesem Angriff umgekommen, meine Frauen und alle meine Kinder. Das älteste war 15 Jahre alt, die anderen waren 13, 8, 5 und 3 Jahre alt. Das jüngste war erst 6 Monate alt.

Das Leben ist heute so schwer. Ich schaffe es nicht, an diesen schrecklichen Ort zurückzukehren, nicht einmal bei Tageslicht, denn es ist zu traumatisierend für mich. Vor dem Überfall hatte ich alles – jetzt habe ich nichts mehr.

Früher gab es keine Probleme zwischen uns und den Karamajong. Sie kamen während der trockenen Jahreszeit mit ihren Tieren und gingen wieder, als der Regen kam.

Sie tauschten ihr Vieh gegen unsere Lebensmittel. Als sie Waffen in die Hände bekamen, begannen sie Menschen zu töten und das änderte alles. Wenn sie weiterhin mit ihren Gewehren kommen, kann das Leben wohl nur schwer hierher zurückkehren. Aber wenn sie ohne Gewehre kommen könnten, wäre ein neues Leben möglich.“

Sierra Leone: ISSAC LAPPIA, Generalsekretär von Amnesty International Sierra Leone

„Ein Konflikt in meinem Land war unausweichlich: in jeder Gemeinde gab es Gewehre, man konnte sie ganz leicht bekommen. Diese Gefahr war von verschiedenen Regierungen und Militärregimes einfach ignoriert worden. Bis es zu spät war. Die Macht der Gewehre wechselte in andere Hände, als Männer mit Waffen, von denen die meisten nie gelernt hatten, sie richtig oder verantwortungsbewusst zu verwenden, gewaltsam die Führung auf nationaler und lokaler Ebene übernahmen.“

Während des Bürgerkriegs lebte meine Familie in ständiger Angst. Überall waren Waffen – automatische und halb-automatische Gewehre, Maschinengewehre, Pistolen genauso wie Handgranaten, Granaten mit Raketenantrieb und andere lebenszerstörende Kriegsgeräte. Oft mussten wir tagelang im Haus bleiben und hatten kein Essen mehr. Unter diesen unsicheren Bedingungen schlossen die Schulen, Geschäfte stürzten in den Ruin und Investoren verliessen das Land. In solchen Zeiten kommt die Entwicklung eines Landes bald zum Stillstand.

Allein in Freetown forderte der brutale Konflikt das Leben von mehr als 5.000 Zivilisten. Wenn sie ins Kreuzfeuer gerieten, blieben sie tagelang dort liegen, wo sie gestorben waren. Es war zu gefährlich für ihre Familien, auf die Strassen zu gehen und ihre Leichen zu holen. Andere Menschen verloren ihr Leben, nachdem sie unter vorgehaltener Waffe dazu gezwungen worden waren, Häuser zu betreten, die dann mit Petroleum begossen und angezündet wurden.

Sogar wenn es etwas ruhiger war und wir uns nach draussen wagen konnten, war die Situation extrem Angst einflössend. Egal wo wir hingingen – Bars, Läden, zivile Treffen, die Wohnzimmer irgendwelcher Leute – sahen wir überall Leute, die Waffen bei sich trugen. Sogar Kinder. Und dauernd wurden wir mit prüfenden Blicken abgeschätzt – bei jeder Bewegung, die wir machten, bei jedem Wort, das wir äusserten. Auch wenn wir nichts zu den Greueln sagten, die überall um uns geschahen, waren wir nicht sicher. Jemand hätte uns einfach nur deshalb erschiessen können, weil wir ein bestimmtes T-Shirt trugen oder ihm unsere Uhr gefiel.

Die Entwaffnung seit Kriegsende hat Sierra Leone zu einem friedlicheren, sichereren Ort gemacht. Die Leute geben ihre Waffen bei der UNO-Mission für Sierra Leone ab. Wenn auch zu spät, haben wir dennoch eine wichtige Lektion gelernt:

Waffen sind die Feinde des Friedens, und ihre Verwendung muss strikt kontrolliert werden. Der Internationale Pakt zur Kontrolle des Waffenhandels wird Ländern wie Sierra Leone helfen, internationale Standards anzuwenden, die es vor dem illegalen Waffentransfer durch Schurkenstaaten oder skrupellose Händler schützen. Dieser Pakt kann viel Leid der Zivilbevölkerung verhindern und armen Ländern helfen, sich positiv zu entwickeln.

Es ist vollkommen sinnlos, wenn reiche Länder einem Entwicklungsland nur bei der Entwicklung helfen, und gleichzeitig die Sicherheitslage im Land vernachlässigen, indem sie keine strikte Waffenkontrollen einführen.

Waffen dürfen nur dann verwendet werden, wenn unbedingt nötig, um Menschen zu schützen. Ich bitte die Kampagnenplaner, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die Kampagne WAFFEN UNTER KONTROLLE! erfolgreich wird.“

B - Schluss mit Kindersoldaten/innen!

Waffen unter Kontrolle – nicht in falsche Hände!

Wenn der internationale Waffenhandel wirkungsvoll kontrolliert werden kann, gelangen Waffen nicht in falsche Hände, also insbesondere nicht in jene Hände, die sich Kinder und Jugendlicher als SoldatenInnen bedienen.

Kinder im Krieg – Ein Überblick

Weltweit sind mehr als 300 000 KindersoldatInnen in 35 bewaffneten Konflikten im Kriegseinsatz. Die meisten Kriege, in denen heute KindersoldatInnen eingesetzt werden, finden in Afrika statt. Auf dem ganzen Kontinent müssen mehr als 120 000 Kinder unter 18 Jahren an bewaffneten Konflikten teilnehmen. Die meisten KindersoldatInnen sind zwischen 15 und 18 Jahre alt, die Rekrutierung beginnt jedoch schon bei 6-jährigen Kindern!



Manche KindersoldatInnen werden zwangsweise rekrutiert, andere werden durch Armut, Diskriminierung und Propaganda in die bewaffneten Einheiten getrieben. Viele Kinder schliessen sich bewaffneten Gruppen an, nachdem sie Zeugen oder Opfer staatlicher Übergriffe wurden. Ein weiterer Grund für die immer noch steigende Zahl der KindersoldatInnen ist im Fortschritt der Technik zu sehen: Waffen können problemlos bis in die entlegensten Winkel der Welt transportiert werden und sind im wahrsten Sinne des Wortes kinderleicht zu bedienen.

Viele Regierungen und bewaffnete Oppositionsgruppen geben an, dass sie Kinder einsetzen, um einen Mangel an erwachsenen Soldaten auszugleichen. Jungen und Mädchen werden als SoldatInnen missbraucht, denn sie sind billig, «entbehrlich», leichter zu furcht- und gedankenlosem Gehorsam zu erziehen und zu manipulieren als Erwachsene.

KindersoldatInnen opfern ihre Kindheit für das politische oder militärische Weiterkommen ihrer Anführer. Während viele Kinder und Jugendliche direkt an der Front kämpfen müssen, werden andere als SpionInnen, BotInnen, TrägerInnen, KöchInnen, SexsklavInnen oder DienerInnen missbraucht. Von Anfang bis Ende ihres militärischen Einsatzes werden sie Opfer von Schlägen, Vergewaltigungen, Entbehrungen und anderer Form von Folter. Sie werden gezwungen, zu töten und schlimmste Menschenrechtsverletzungen zu begehen. In einigen Fällen werden Kinder in den Selbstmord getrieben oder selbst zu Mördern, wenn sie die Misshandlungen und Erniedrigungen nicht länger ertragen können.

1998 wurde von führenden NGO's die internationale Koalition gegen den Einsatz von KindersoldatInnen gegründet, mit dem Ziel, gemeinsam gegen die Rekrutierung von KindersoldatInnen vorzugehen (www.child-soldiers.org, AI ist Gründungsmitglied der Koalition). Mit Kampagnen und Aktionen wird auf das Elend der jungen KämpferInnen aufmerksam gemacht und weltweit Berichte und Daten gesammelt.

Amnesty International fordert:

- den sofortigen Stopp der freiwilligen oder zwangsweisen Rekrutierung und des Einsatzes von Kindern unter 18 Jahren durch Regierungen oder bewaffnete Gruppen
- die unverzügliche Demobilisierung von KindersoldatInnen unter 18 Jahren. Als erste Schritte sollten die KindersoldatInnen sofort entwaffnet, von den Aufgaben an der Front zurückgezogen und vor Misshandlung, Folter oder anderen Menschenrechtsverletzungen geschützt werden

- die Bereitstellung angemessener Unterstützung für demobilisierte Kinder, für ihre psychische und körperliche Wiederherstellung und ihre soziale Reintegration. Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten müssen zur Verfügung gestellt werden
- eine umfassende Kooperation der betroffenen Regierungen mit allen internationalen oder nationalen Untersuchungen zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, darunter fallen auch die Rekrutierung und der Einsatz von KindersoldatInnen. Alle Personen, die dieser Verbrechen verdächtigt werden, müssen an die zuständigen Behörden übergeben werden, damit sie in Übereinstimmung mit internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren und unter Ausschluss der Todesstrafe verurteilt werden können.

Burundi: Kindersoldaten als billige Werkzeuge und Wegwerfartikel

Pressemitteilung London / Bern, 24. März 2004. Seit zehn Jahren können die militärischen Anführer den Bürgerkrieg in Burundi vor allem dank der Rekrutierung und der Entführung von Kindern weiterführen. Sie haben die Kindheit zahlloser Kinder zerstört und ihnen ihre Zukunft genommen. Dies zeigt der Bericht «Burundi: Child soldiers - the challenge of demobilisation», den Amnesty International heute veröffentlicht hat.

Amnesty International (AI) fordert die Regierung Burundis sowie die Führer aller gegenwärtigen und früheren bewaffneten politischen Gruppen in Burundi auf, Rekrutierung und Einsatz von KindersoldatInnen unverzüglich zu stoppen. Stattdessen sollen sie sich dafür einsetzen, dass KindersoldatInnen demobilisiert und wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden. Kinder, auch solche unter 15 Jahren, wurden in zynischer Weise als billige Werkzeuge und Wegwerfartikel missbraucht. Kinder wurden entführt und von ihren Familien weggerissen. Andere haben sich freiwillig gemeldet - weil die Familie auseinandergefallen ist oder weil sie Zeuginnen von Grausamkeiten geworden sind. Armut und jahrelanger Krieg haben sehr viel dazu beigetragen, dass eine ganze Generation von Kindern in den bewaffneten Konflikt hinein gerissen wurde.



Die burundischen Streitkräfte und die bewaffneten politischen Gruppen Burundis haben Kinder rekrutiert und eingesetzt als TrägerInnen, InformantInnen, Sexsklavinnen und KämpferInnen. Burundische KindersoldatInnen haben sowohl in Burundi selbst, als auch in der Demokratischen Republik Kongo gekämpft. Viele KindersoldatInnen wurden traumatisiert, erniedrigt, misshandelt und brutal bestraft. Ihr Mangel an Erfahrung und Ausbildung hat sie unnötigen Gefahren ausgesetzt.

Es gibt keine exakten Zahlen über die Anzahl der Kinder, die in den letzten 10 Jahren an den bewaffneten Konflikten teilgenommen haben. Nach Angaben von UNICEF müssen jedoch 6000 bis 7000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren aus den Armeen entlassen, demobilisiert und in die Gesellschaft reintegriert werden. UNICEF hat bisher Verträge mit der burundischen Regierung sowie mit zwei kleineren bewaffneten Gruppen (FNL und CNDD-FDD) abgeschlossen, um deren ungefähr 3000 KindersoldatInnen zu demobilisieren und wieder einzugliedern.

Porträt eines Kindersoldaten aus Burundi

Jean-Bosco, Kindersoldat

Jean-Bosco war 15 Jahre alt, als er in die burundische Armee eingetreten ist. Schon vor seinem formalen Eintritt hatte er einige Zeit für die Armee gearbeitet. Er sagte gegenüber AI, dass er oft SoldatInnen gesehen habe, die auf fliehende Zivilpersonen geschossen hätten. Sie hätten dies auf Befehl getan. Während der Rückkehr von militärischen Operationen haben SoldatInnen häufig Zivilpersonen gefoltert und misshandelt. Nachdem Jean-Bosco mehrmals aus disziplinarischen Gründen inhaftiert und misshandelt worden war, ist er desertiert. Heute, im Alter von 19 Jahren, ist er Mitglied der Peace Guards, einer nicht ausgebildeten, aber bewaffneten Miliz der Regierung.



«Die internationale Gemeinschaft und die burundische Regierung müssen einer langfristigen Unterstützung der Wiedereingliederung oberste Priorität geben», fordert AI. «Den ehemaligen KindersoldatInnen müssen neue Perspektiven aufgezeigt und alternative Verdienstmöglichkeiten angeboten werden.» Wird diese nachhaltige Unterstützung nicht gewährt, besteht die Gefahr, dass demobilisierte Kinder freiwillig oder unter Zwang wieder rekrutiert werden. Alle Programme für Demobilisierung und Wiedereingliederung müssen die speziellen Bedürfnisse von Kindersoldatinnen berücksichtigen, die als Opfer sexueller Gewalt unter speziellen Traumatisierungen leiden könnten. Für Mädchen und junge Frauen kann der Wiedereingliederungsprozess besonders schwierig sein, hält AI fest. Sie können zudem während der Demobilisierung erneut sexueller Belästigung ausgesetzt sein.

Die internationale Gemeinschaft und die Geberländer müssen genügend finanzielle und technische Mittel für die Wiedereingliederungsprojekte zur Verfügung stellen und die Fortschritte der Projekte sowie die Entwicklungen im Land beobachten. Von der Regierung Burundis fordert AI, dass sie etwas gegen die weite Verbreitung von Waffen im Land unternimmt. Nur so könnten die Programm zur Demobilisierung und Reintegration auf Dauer erfolgreich sein.

Die Situation in der Demokratischen Republik Kongo (DRK)

Die Regierungstreitkräfte machten trotz der selbst auferlegten Verpflichtung zur Demobilisierung weiterhin Gebrauch von KindersoldatInnen. Bis zum August 2003 wurden nur 280 Kinder freigelassen, obwohl ein Total von 1500 vorgesehen war. Es scheint, dass die kongolesische Regierung aktiv keine Kinder rekrutiert hat, aber sie leistete militärische Unterstützung an bewaffnete Gruppen, welche KindersoldatInnen einsetzen.

Sämtliche Oppositionsgruppen haben weiterhin KindersoldatInnen rekrutiert, in den Kampfhandlungen eingesetzt und die internationalen Verpflichtungen zum Stopp ignoriert. Oftmals werden ihre Streitkräfte «Kinderarmeen» genannt. Nach den verstärkten Kämpfen in Ituri wurde die Rekrutierung von Mädchen und Knaben (manche sind gerade sieben Jahre alt) in den Reihen der Union des Patriotes Congolais (UPC) verstärkt. Laut UNICEF dienen allein in der Stadt Ituri zwischen 8'000 und 10'000 Kinder in den kongolesischen Streitkräften sowie bei den oppositionelle Gruppierungen.

Am 7. Februar 2003 verfügte Thomas Lubanga, Führer der UPC: «Jede Familie in der Gegend muss einen Beitrag zum Krieg leisten, das kann eine Kuh, Geld oder ein Kind sein».

KindersoldatInnen sind auch Opfer von extralegalen Hinrichtungen geworden. Am 25. Mai 2003 wurde ein Junge in Uvira von RCD-Goma verhaftet und der Ermordung eines Soldaten beschuldigt. Er wurde noch am gleichen Tag hingerichtet.

Bereits demobilisierte Kinder wurden wieder in die Armeen integriert, so zum Beispiel von der Armée du Peuple Congolais (APC), welche dutzende von Kindern (von den Mai-Mai im Juni demobilisiert) im Juli in ihre Reihen integriert haben.

Als ein wichtiger Schritt galt das im April von UNDP und UNICEF organisierte erste nationale Treffen für eine Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von KindersoldatInnen, welches alle Konfliktparteien und wichtige Internationale und lokale NGO's zusammenbrachte. Trotz der getroffenen Vereinbarungen gehen die Rekrutierungen von KindersoldatInnen weiter.

Porträt eines Kindersoldaten aus der DRK

Jean-de-Dieu

Jean-de-Dieu ist 15 Jahre alt und stammt aus Isiro in der Region Haut-Uele im Nordosten des Landes. Er schloss sich 2001 freiwillig der UPC in Isiro an. Der damals 13-Jährige war eines Tages heimgekommen und hatte das Haus nach einem Überfall der Lendu-Milizen verwüstet und seine Mutter in einer Blutlache liegend vorgefunden. Die Mutter starb später in einem Krankenhaus in Kisangani.

Jean-de-Dieu hat an mehreren Orten gekämpft. Seinen Angaben zufolge hat er in Nyakunde sechs Menschen getötet. Die Lebensbedingungen waren hart. Die Kinder kämpften ohne Stiefel, und das Pfeifen der Kugeln und das Dröhnen der schweren Waffen liessen sie fast taub werden. Die Kinder mussten an vorderster Front kämpfen, während die Erwachsenen hinter ihnen blieben.

Im Jahr 2002 wurde seine Einheit in Songolo an einem Flussufer eingeschlossen und viele seiner Kameraden ertranken bei dem verzweifelten Versuch, durch den Fluss zu schwimmen. Viele weitere - mindestens 40 - wurden erschossen. Er weiss nicht, wie er diese Schlacht überlebt hat. «Vielleicht war es Glück und Gottes Wille», sagt er bewegt.

Jean-de-Dieu ist froh, die bewaffnete Gruppe verlassen zu haben. Zu viele seiner Freunde sind auf dem Schlachtfeld zurückgeblieben. Er bereut, was er in Nyakunde getan hat, wo er auch an Plünderungen beteiligt war. Er hatte einen Fernseher und ein Fahrrad mitgenommen, die ihm sein Kommandant wieder abnahm und für sich reklamierte. Er war darüber wütend, konnte aber nichts tun, da man ihn sonst sofort erschossen hätte.

Jetzt möchte er seine Ausbildung fortsetzen und träumt davon, nach Europa zu gehen. Er möchte ein besseres Leben und hat sich geschworen, nie wieder als Soldat zu kämpfen: «Ich möchte ein normales Leben, wie jeder andere auch, und gut essen».

Rückblick 2003

Während des ganzen letzten Jahres wurden Kinder als SoldatInnen, SexsklavInnen, ArbeiterInnen, TrägerInnen und SpionInnen missbraucht, sowohl in neu entflammten als auch in langjährigen Konflikten. Dies zeigt ein Bericht der «Coalition to Stop the USE of Child Soldiers», der vor der vierten Debatte am 21. Januar 2004 über Kinder und bewaffnete Konflikte des UNO-Sicherheitsrates publiziert wurde (einsehbar auf www.child-soldiers.org >>).

Der Bericht erwähnt 18 Regierungen und bewaffnete Gruppierungen in Afrika, Asien, Latein-Amerika und im Nahen Osten, welche in zahlreichen Konflikten KindersoldatInnen rekrutieren. Die Koalition fordert den Sicherheitsrat auf, aktiv zu werden und die im Bericht erwähnten Regierungen und Gruppierungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Ebenfalls wird auch aufgezeigt, dass in vielen Konflikten, wie an der Elfenbeinküste, in Teilen der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und Liberia, die Anzahl KindersoldatInnen im Jahr 2003 sogar noch angestiegen ist.

C - Ergänzungen zum Dossier: Arbeits- und Unterrichtsideen

Die folgenden Seiten richten sich an Personen, die mit einer Gruppe von Jugendlichen (ab 14 Jahren), die die Themen Waffenhandel, Kindersoldaten/innen und Kinderrechte erarbeiten wollen.

1. Waffenhandel

Mögliche Fragestellungen zum Thema Waffenhandel

- Wer profitiert vom Waffenhandel?
- Wer leidet unter dem Waffenhandel?
- Gegen welche Menschen- und Kinderrechte wird durch den weltweit ausser Kontrolle geratenen Waffenhandel verstossen?
- Was kann gegen den Waffenhandel unternommen werden?
- Welche Rolle spielen Waffen und gewaltverherrlichende Filme und Computerspiele im Alltag von Jugendlichen in der Schweiz?

Gemeinsame Lektüre des Textes „Waffen unter Kontrolle“ (siehe oben)

2. KindersoldatInnen

Mögliche Fragestellungen zum Thema KindersoldatInnen

- Gegen welche Kinderrechte verstösst die Rekrutierung von KindersoldatInnen?
- Welche Probleme entstehen für Kinder, die als SoldatInnen Dienst leisten?
- Welche Auswirkungen hat der Kriegsdienst auf ihre Entwicklung?

Gemeinsame Lektüre des Textes KindersoldatInnen (siehe weiter oben)

Alternative: Die Leiterin / der Leiter trägt die Informationen vor oder lässt die Jugendlichen im Internet nach entsprechenden Informationen suchen. Die Jugendlichen könnten einander auch je ein Porträt einer/s (ehemaligen) Kindersoldaten/in vorstellen.

(Zu finden unter http://www.amnesty.ch/d/emind/2003/0310_ksd/0312_pod.html)

3. Kinderrechte

Allgemeine Fragestellungen zum Einstieg in das Thema Kinderrechte

- Welche Rechte haben Kinder und Jugendliche in der Schweiz?
- Braucht es für Kinder und Jugendliche besondere Rechte? Weshalb (nicht)?
- Wo siehst du Handlungsbedarf zur Verbesserung der Situation der Kinder und der Jugendlichen in der Schweiz / in anderen Ländern?

Gemeinsame Lektüre des Textes Kinderrechte (erhältlich bei AI Schweiz)

Alternative: Die Leiterin / der Leiter trägt die in der Kopiervorlage enthaltenen Informationen vor.

Weiterführende Fragen

- Inwiefern sind die Kinderrechte in der Schweiz / in anderen Ländern verwirklicht?
- Wie kannst du die Prinzipien und die Grundhaltung der Kinderrechtskonvention in deinen Alltag einfließen lassen?
- Inwiefern können Kinder / Jugendliche dazu beitragen, dass die in der Konvention verbürgten Rechte eingehalten werden? Was können die Erwachsenen dazu beitragen?

D - Aktionsideen

- Stellwände zum Thema Waffenhandel / KindersoldatInnen für den Schulhauskorridor oder den Marktplatz erstellen. Neben Hintergrundinformationen und Bildern könnten diese Stellwände auch mit Zeichnungen und Aussagen von KindersoldatInnen versehen sein (zu bestellen bei AI Schweiz, Rudi von Planta)
- Plakate oder Wände bemalen: Die Bilder könnten in zwei Hälften unterteilt werden, wobei die untere Hälfte die Realität (Krieg, Flucht, Menschen- und Kinderrechtsverletzungen) abbildet, während auf der oberen Bildhälfte die Vision von Frieden und Eintracht (z. B. symbolisiert durch Menschen verschiedener Hautfarbe) dargestellt ist.
- (Strassen)theater / Pantomime / Installationen: Die Problematik Waffenhandel / KindersoldatInnen könnte mit Hilfe kurzer Szenen, Standbilder oder Installationen veranschaulicht werden.
- Petition für einen Vertrag über den Waffenhandel unterschreiben / Unterschriften sammeln (Die Petition befindet sich am Ende des Dokuments).
- Beteiligung an der weltweiten AI-Fotoaktion *Eine Million Gesichter*. Sie können direkt unter www.controlarms.org Ihre Bilder hochladen. Alle nötigen Informationen finden Sie auf der website oder auf dem Flyer.
- Informationsstand zum Thema Waffenhandel und KindersoldatInnen
- Leserbriefe schreiben
- „Sonderzeitung“ gestalten oder, wenn bereits bestehend, entsprechende Artikel für die Schülerzeitung verfassen
- Werbung für die Kundgebung gegen den Einsatz von Kindersoldaten/innen sowie „Waffen unter Kontrolle“ vom 10. November in Bern
- Als Vorbereitung für die Kundgebung vom 10. November 2004: Transparente gestalten (z. B. mit der Aufschrift: „Schluss mit dem Waffenwahnsinn“, „Gegen KindersoldatInnen“, „Waffen kosten Leben“, „Kontrolliert den Waffenhandel“, „Gestohlene Kindheit“, „KindersoldatInnen haben keine Kindheit“,...)
- Zu allen Aktionen könnt ihr Flyer verteilen. Diese erhaltet ihr im Sekretariat.

E – Zusätzliche Informationsquellen – Publikationen und links

KindersoldatInnen

- Infomappe Kindersoldaten Demokratische Republik Kongo (zu bestellen bei AI Schweiz)
- Gérard Dhôtel: Les enfants dans la guerre. Edition Milan. Ligugé 1999
- Margrit und Alice Schmid : I killed People. Kinder im Krieg. LAMUV 2001
- China Keitetsi: Sie nahmen mir die Mutter und gaben mir ein Gewehr. Ullstein 2003
- Rachel Brett, Margret McCallin: Kinder, die unsichtbaren Soldaten. Save the Children Sweden. BoD GmbH Norderstedt, 2001
- Dittmar Dahmann: Kinder und Jugendliche in Krieg und Revolution. Schöningh 2000
- Alice Schmid: Ich habe getötet (Video – 26 Minuten, 1999) Ciné A.S. GmbH
- Kinder sind keine Soldaten: Terre des Hommes Deutschland, 1999

Kinderrechte

- Infomappe Kinderrechte (zu bestellen bei AI Schweiz)
Regula Gerber-Jenni, Christina Hausamman (Hrsg): Die Rechte des Kindes. Das UNO-Übereinkommen und seine Auswirkungen auf die Schweiz. 3-7190-1937-3. Basel 2000
- Kinderrechte – alles klar? Familie und Gesellschaft. Sonderreihe des Bulletins Familienfragen. Bundesamt für Sozialversicherung. Ausgabe 3/2001 (Bundesamt für Sozialversicherung, Dokumentation/Beat Reidy, Effingerstr. 20, 3003 Bern. Beat.reidy@bsv.admin.ch.)

Auch im Internet finden Sie viele Informationen:

Waffen unter Kontrolle:

www.controlarms.org - DIE Internet Seite der Kampagne „Waffen unter Kontrolle“. Auf der sich auch die Fotopetition „Eine Million Gesichter“ sowie eine Bildergalerie befindet.

www.amnesty.org – die Homepage von Amnesty International, die in Englisch, Französisch und Spanisch alle verfügbaren Dokumente anbietet.

www.amnesty.ch – die Homepage der Schweizer Sektion

www.amnesty.de – analog für die deutsche Sektion

www.smallarmssurvey.org – (englisch), die anerkannte Fachstelle mit viel Information und links zum Thema Kleinwaffen. Das Jahrbuch ist auszugsweise auf dieser website erhältlich

Kindersoldaten/innen:

www.child-soldiers.org (englisch) - AI ist Mitglied des Steuerungsausschusses der „Coalition to Stop the Use of Child Soldiers - CSC“. Auf ihrer homepage finden Sie umfangreiches Material zum Thema Kindersoldaten/innen auf englisch

<http://www.kindersoldaten.info/> - Die deutsche Zweigstelle der CSC. Viele Texte auch auf deutsch

<http://www.kindersoldaten.de/> - Umfangreiche Informationen zum Thema finden Sie auch auf der homepage von Terre des Hommes Deutschland

<http://www.hrw.org/german/children/kindersoldaten.htm> – auf der deutschen Seite von „Human Rights Watch“ finden Sie Infos zu den Themen Kinderrechte und –soldaten/innen

<http://www.africa-photo.com/gallery/bolesch/kindersoldaten> – eine online-Bilderserie über KindersoldatInnen in Sierra Leone.

Kinderrechte:

www.humanrights.ch – umfangreiche Informationen zum Thema sind auf der website des Vereins Menschenrechte Schweiz erhältlich.

www.unicef.de – die offizielle Seite von UNICEF enthält Material zum Thema Kinder und Kinderrechte

<http://www.kindersache.de/politik/default.htm> – ebenfalls aufschlussreich zum Thema Kinderrechte